

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Nach dieser Rede – ohne medizinische Befunde mit meinen Worten ausgedrückt: „Es ist alles Mist“

– will ich gleich am Anfang auf zwei Dinge hinweisen. Erstens: Für die allgemein notwendige Sprachförderung haben wir zur Arbeit in den Kindergärten mit dem Orientierungsplan und mit dem, was damit seit Jahren in den Kindergärten

Anwendung findet, eine Antwort gegeben. Diese wird immer weiter und immer besser umgesetzt,

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Wo sind denn die Rahmenbedingungen für die Arbeit?)

sodass Sprachförderung allgemein verbessert worden ist.

Das Zweite: Für den besonderen Sprachförderbedarf stehen die Mittel in dem Umfang zur Verfügung, dass mit dem Programm der Landesstiftung im nächsten Kindergartenjahr rund doppelt so viele Kinder an einer solchen Sprachfördermaßnahme teilnehmen können. Wir erreichen damit nicht mehr rund 10 %, wie in diesem Kindergartenjahr, sondern rund 20 %.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Na also!)

Das zeigt, glaube ich, deutlich, dass wir in der Analyse sowohl die Einschätzung teilen, dass Sprachförderung notwendig ist, als auch den Anspruch verfolgen, die Kinder flächendeckend zu erreichen, die diese Sprachförderung brauchen. Wir sind uns nur in der Bewertung nicht einig, ob es richtig ist, wie wir es tun.

Da haben Sie als Opposition den Vorteil, dass Sie immer sagenkönnen: Das läuft nicht gut.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Jetzt lassen Sie das doch einmal!– Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Herr Zeller, es ist halt so! (Abg. Norbert Zeller SPD: Nein, ist es nicht!)

– Doch, das ist so. (Widerspruch beider SPD)

Als Opposition können und sollen Sie das kritisieren, aber ich habe in einer Rede hier im Landtag zur gesetzlichen Verankerung der Einschulungsuntersuchung gesagt – –

(Abg. Norbert Zeller SPD: Setzen Sie sich inhaltlich auseinander!)

– Habe ich gerade gemacht. (Abg. Norbert Zeller SPD: Ach was!)

Jetzt sage ich Ihnen, Herr Zeller: In der Rede zur Verankerung der Einschulungsuntersuchung im Schulgesetz habe ich darauf hingewiesen, dass es ein ehrgeiziges Ziel und eine Herkulesaufgabe ist, in diesem Kindergartenjahr den Einschulungsjahrgang für das Schuljahr 2009/2010 und den Einschulungsjahrgang 2010/2011 –zwei Jahrgänge in einem Kindergartenjahr– im Rahmen der Einschulungsuntersuchung zu untersuchen. Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Dass das in der Umsetzung einen großen Aufwand in den Gesundheitsämtern bedeutet, haben wir angesprochen. Ich halte es, obwohl es ein ehrgeiziges Ziel ist und man möglicherweise sagen kann: „Da und da ist es erst im Juni“, für richtig, diesen Weg zu gehen, um die Einschulungsuntersuchung ein Jahr vorzuziehen. Dieses Umstellungsproblem haben wir einmal, nämlich dieses Mal. Aber einmal haben Sie es immer, wenn Sie sich dem Ziel stellen, und ich halte das Ziel für richtig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP)

Sie, Herr Dr. Mentrup, sagen, das könne man erst machen, wenn alle Kindergartenträger einverstanden sind. Wir haben anhaltende Diskussionen mit den kommunalen Landesverbänden an der Schnittstelle von Bildung und Betreuung, anhaltende Diskussion vor allem über das Geld.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Macht es doch ordentlich, dann habt ihr keine Diskussionen!)

Sollen wir Schulen schließen, weil die kommunalen Landesverbände sagen: „Wir wollen den Betrag“, während wir sagen: „Wir geben einen anderen Betrag; in den Finanzausgleichsverhandlungen treffen wir uns

in der Mitte“? Natürlich gibt es über die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen im Bereich „Bildung und Betreuung“ und in vielen anderen Fragen Diskussionen. Aber das ist doch kein Grund zu sagen: „Wir machen es nicht.“ Wir stellen das Geld zur Verfügung, das erforderlich ist, damit im nächsten Jahr rund 20% der Kinder – dies ist schon jetzt im Haushalt der Landesstiftung vorgesehen, und wenn mehr notwendig ist, sehen wir das auch für mehr Kinder vor – diese Sprachstandsmaßnahmen durchlaufen können.

Neben dem Geld, das die Landesstiftung zur Verfügung stellt, sind in der Qualitätsoffensive Bildung – vor einem Jahr beschlossen – Mittel für die Arbeitszeit der Erzieherinnen vorgesehen, die in den Kindergärten die Einschulungsuntersuchung begleiten müssen, und ist Geld für Fortbildungsmaßnahmen vorgesehen. Wir haben Ende April auch erklärt, dass sich die Landesregierung und die Regierungsfractionen dafür einsetzen, dass die Elternbeteiligung, bisher von 30% der Fördergruppen in Anspruch genommen, weiter unterstützt werden kann.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Bei 30 % Förderbedarf!)

Es ist auch wiederholt worden, dass wir, wenn sich schon jetzt zusätzlicher Bedarf für das nächste Kindergartenjahr abzeichnet, natürlich ein flächendeckendes Angebot sicherstellen und die Finanzmittel dafür zur Verfügung stellen.

Deshalb: Wir sind auf einem guten Weg,

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Habe ich das nicht gesagt? Die sind so berechenbar!)

im „Kinderland“ Baden-Württemberg das richtige Angebot einer frühen Sprachstandsdiagnose und einer frühen Sprachförderung zu erreichen. Das schaffen wir auf dem Weg, den wir gehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)